

Jemen verhängt Ausnahmezustand

Es war der blutigste Tag der Proteste bislang: 50 Menschen starben, als Scharfschützen gezielt in die Menge schossen. Präsident Saleh hat den Ausnahmezustand verhängt.

Im Jemen ist am Nachmittag der Ausnahmezustand verkündet worden. Dies geht aus offiziellen Angaben des Verteidigungsministeriums hervor. Zuvor hatten Sicherheitskräfte bei Zusammenstößen in der Hauptstadt Sanaa gezielt auf Demonstranten geschossen und 50 Menschen getötet. Weitere 240 Personen wurden verletzt.

Es war der blutigste Tag, seitdem sich die Massenproteste gegen Saleh formiert hatten. Die Bewegung war von den Umstürzen in Ägypten und Tunesien inspiriert worden. Sie begann am 11. Februar, dem Tag des erzwungenen Rücktritts des ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak.

Saleh regiert seit 32 Jahren über das verarmte Land im Süden der arabischen Halbinsel. Bis zum Freitag waren bereits rund 30 Demonstranten von Sicherheitskräften und bewaffneten Regimeanhängern getötet worden - Hunderte weitere Menschen wurden verletzt.

Deutsche für Militärschlag

Ungewöhnlich schnelle internationale Intervention in Libyen: Schon kurz nach dem Pariser Krisengipfel griffen die ersten französischen Kampfflugzeuge Gaddafis Truppen an.

Die Mehrheit der Deutschen unterstützt den Militäreinsatz gegen den libyschen Diktator Muammar al-Gaddafi, ist aber gegen eine Beteiligung der Bundeswehr. Nach einer repräsentativen Emnid-Umfrage im Auftrag vonBild am Sonntag finden 62 Prozent einen Militärschlag richtig, 31 Prozent sind gegen die militärische Intervention. Gleichzeitig befürworteten 65 Prozent, dass sich die Bundeswehr nicht an den Angriffen beteiligt, berichtete das Blatt. 29 Prozent sprechen sich demnach für eine deutsche Mitwirkung aus.

Die USA haben Medienorganisationen nach dem Beginn der internationalen Militäraktion gegen Libyen empfohlen, keine Journalisten mehr in das nordafrikanische Land zu entsenden oder dort zu belassen. Ein Sprecher des US-Außenministeriums sagte in Washington weiter, alle US-Diplomaten hätten Libyen verlassen.

China hat die massiven Luftangriffe auf Libyen bedauert. Die Sprecherin des Außenministeriums in Peking, Jiang Yu, sagte: «China hat die jüngste Entwicklung in Libyen zur Kenntnis genommen und bedauert die Militärschläge gegen Libyen». China sei wie immer gegen den Einsatz von Gewalt in internationalen Beziehungen. Peking hoffe, dass die Stabilität in Libyen so bald wie möglich wieder hergestellt werden kann, damit weitere zivile Opfer vermieden würden, betonte Jiang Yu.

Nach den massiven Luftschlägen gegen Ziele in Libyen will sich das US-Verteidigungsministerium einen Überblick über das Ausmaß der Zerstörungen verschaffen. Vizeadmiral William Gortney sagte, das könne erst nach Tagesanbruch geschehen. US-Beamte sagten dem US-Fernsehsender Fox News, die Luftverteidigung des Regimes von Diktator Muammar al-Gaddafi sei schwer getroffen worden.

Bahrain in der Sackgasse

Auf dem Lulu-Platz im Herzen von Manama, wo am vergangenen Wochenende noch das Zeltlager der Demonstranten stand, pflügen Arbeiter jetzt mit Bulldozern und Baggern den Boden um. Nichts soll mehr an die Proteste und die Zusammenstöße erinnern, die sich auf

dem Platz mit dem Perlenmonument in den vergangenen Wochen abgespielt haben: Aus, vorbei,

Die Situation erinnert an das, was im vergangenen Monat in Ägypten geschah, als ein harter Kern von «Revolutionären» nach Tagen der Gewalt erklärte: «Wir gehen erst nach Hause, wenn er (Präsident Husni Mubarak) geht.» Auch in Bahrain gibt es im Lager der Regimegegner inzwischen eine Gruppe meist jugendlicher Hardliner, die den Forderungskatalog der Opposition um einen Punkt erweitern wollen: König Hamad bin Issa al-Chalifa soll abdanken.

Quelle:NEWS.DE